



Doppelter Protest – auf der großen Anti-Atom-Demo, die im September in Berlin stattfand, waren auch viele Transparente gegen das Bauprojekt Stuttgart 21 zu finden. Foto: Jakob Huber

Protestbewegungen im Aufschwung – kommt eine demokratische Erneuerung?



Prof. Dr.
Roland Roth

Politikwissenschaftler
und Bürgerrechtler

Protest und soziale Bewegungen haben Hochkonjunktur. Der von der schwarzgelben Regierung angekündigte »Herbst der Entscheidungen« hat viele Menschen auf die Straße getrieben. Gute Zeiten für Protestforschung und die Bewegungsstiftung? Sicherlich, denn wer Protestpolitik als urdemokratische Form der Einmischung in die eigenen Angelegenheiten begreift, wird erfreut zur Kenntnis nehmen, wenn auch »bürgerliche Kreise« wie in Stuttgart den

Straßenprotest für sich entdecken. Dies trägt sicherlich zur Ausbreitung dieser Form des politischen Engagements bei: Vormalig »unkonventionelle« Formen der Beteiligung und ziviler Ungehorsam gehören nun zum politischen Repertoire von Vielen – eine wichtige Wegmarke in der Entfaltung einer demokratischen Streitkultur in einer selbstbewussten Bürgerschaft. Künftig dürfte es noch schwerer werden, friedliche Sitzblockaden als radikal und gewalttätig zu denunzieren und polizeilich traktieren zu lassen.

Alles bestens? Keineswegs! Die durchaus erfreulichen aktuellen Proteste bieten keinen Anlass für Euphorie. Sie reagieren auf den autoritären Backlash einer Bundesregierung, die heftig daran dreht, die Uhren zurück zu stellen. Der »Ausstieg aus dem Atomausstieg« ist dafür ein Beispiel. Im Kern geht es um eine »brutale« zukunftsfeindliche Interessen-

und Lobbypolitik gegen gesellschaftliche Mehrheiten, während die eigentlichen Reformbaustellen – von der wachsenden sozialen Ausgrenzung bis zum maroden Bildungswesen – verwaist bleiben. Schon bei den »großen« Reformen der rotgrünen Ära (Agenda 2010, Finanzmarktliberalisierung, Privatisierung öffentlicher Güter etc.) glaubte man mit einer »Basta«-Politik regieren zu können – und provozierte heftige, aber allenfalls lokal erfolgreiche Protestbewegungen. Selbst in der Krisenpolitik der letzten Jahre – von der Abwrackprämie bis zum Bankenschutzschirm – wurde der »Souverän« höchstens als Konsument angesprochen.

Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des politischen Betriebs hat ebenso drastisch abgenommen wie der Glaube an dessen Gemeinwohlorientierung. Inzwischen sind es gesellschaftliche Mehrheiten, die nicht mehr so regiert werden wollen. Sie wollen mitreden und mitbestimmen. Dazu braucht es – auch hierfür steht der Protest gegen S21 – neue demokratische Gestaltungsrechte, Formen und Verfahren.

Proteste gehören dazu, aber sie können die alltägliche Partizipation in wichtigen Lebensbereichen nicht ersetzen. Gefordert ist eine grundlegende demokratische Vitalisierung, die auf eine aktive Bürgerschaft setzt. In der Antike galt Demokratie als stabile Herrschaftsform, weil sie kollektives Lernen und Veränderung ermöglicht. Zur Zeit hat die »Weisheit der Vielen« allerdings nur als Protestbewegung eine Chance.

Termine

Stiftungsinteressierten- abende

18. November in Frankfurt

29. November in Berlin

7. Dezember in Stuttgart

Fachseminar der geförderten Projekte

26.-28. November in Hannover

Klimabewegung – von Kopenhagen nach Borschemich

Gastbeitrag von Stefan Förster von der BUNDjugend NRW



Hier wird Klimapolitik konkret: TeilnehmerInnen des Klimacamps in Borschemich besichtigen den Braunkohletagebau.

Foto: BUNDjugend

Klimaschutz ist eine zentrale globale Herausforderung. In Deutschland trägt das Industrie- und Kohleland NRW als Verursacher von rund einem Drittel des bundesweiten CO₂-Ausstoßes, mit zehn in Planung beziehungsweise in Bau befindlichen Kohlekraftwerken und dem niederrheinischen Braunkohlerevier eine besonders große Verantwortung.

Landauf landab engagieren sich viele für den Klimaschutz. Dabei konzentrierten sich die Aktivitäten in den letzten Jahren oft auf internationale Klimaverhandlungen. So gingen 2009 zur Klimakonferenz in Kopenhagen über hunderttausend Menschen für Klimagerechtigkeit auf die Straße und forderten die Mächtigen der Welt zum Handeln auf. Dem Erfolg der Mobilisierung, dem gemeinsamen Streiten einer sich formierenden Klimabewegung, steht jedoch der Misserfolg der Klimaverhandlungen gegenüber.

Anderorts, wo mit juristischen Einwendungen und lautstarken Protesten gegen konkrete klimafeindliche Vorhaben demonstriert wurde, konnten hingegen Erfolge erzielt werden. Das zeigen zurückgezogene Neubaupläne in Köln, Lubmin und Berlin. Dort auf die Straße zu gehen, wo mit klimafeindlichen Plänen der Stromkonzerne die aktuelle Energieverschwendung zementiert werden soll, sehen wir als eine erfolgversprechende Strategie.

Entsprechend haben wir unsere Kampagne ausgerichtet und ein Klimacamp in Erkelenz-Borschemich, im Abbaugbiet des bis 2045 anvisierten Braunkohletagebaus Garzweiler II, organisiert. Etwa zwei Kilometer von der Ortschaft entfernt liegt die Abbruchkante des größten Lochs Europas. Die meisten Einwohner haben ihre Häuser bereits an RWE verkauft. Ab 2015 werden die Bagger die Erde dort ca. 200 Meter tief abtragen. Jenseits des gigantischen Tagebaus liegen die Kraftwerke Frimmersdorf und Neurath, die um die vordersten Plätze als größte Dreckschleudern Europas wetteifern. Hier wird Umwelt zerstört und Klimawandel gemacht. Hier sind RWE und die PolitikerInnen, die die Interessen der Konzerne unterstützen, als Klimasünder erkennbar. Hier ist Klimapolitik (an)greifbar!

Vom 21. bis 29. August dieses Jahres kamen nahezu 200 Menschen, vornehmlich junge Interessierte aus dem Umfeld der BUNDjugend, jedoch ebenso Klimabewegte aus unterschied-

lichen Initiativen und Verbänden an diesen Ort – ein erster kleiner Erfolg! Im Mittelpunkt des Camps stand ein umfangreiches Programm zum Klimawandel und den Möglichkeiten, aktiv zu werden. Mit einigen Aktionen haben wir die Aufmerksamkeit auf das klimaschädliche Treiben von RWE gelenkt. Das Camp bot zudem Raum für den Austausch von Gleichgesinnten, für die Vernetzung der Akteure, für das Wachsen der Klimabewegung.

Mit weiteren Aktionen, mit Protesten im Bereich des Tagebaus und an Kraftwerksbaustellen wollen und werden wir am Thema dran bleiben. Dabei suchen und pflegen wir den Kontakt zu anderen Initiativen, um die weiteren Aktivitäten untereinander abzustimmen. Und nach dem Erfolg dieses Jahres zielen wir, wenn der Tagebau Borschemich wieder einige hundert Meter näher gekommen ist, auf ein größeres und besseres Klimacamp 2011: als Ort der Information, des Austausches und Protests. Wir stellen uns dem Tagebau in den Weg!

Unsere Förderung

Die Bewegungsstiftung hat das Klimacamp mit einem Darlehen mit Ausfallbürgschaft in Höhe von 8.000 Euro unterstützt.

www.klimacamp2010.de

»Ein ganzes Land institutionalisiert die Korruption und alle machen mit«

Bewegungsarbeiter Emanuel Matondo vorgestellt



Emanuel Matondo engagiert sich gegen Krieg und Korruption und für eine zivile Konfliktlösung in Afrika.

Foto: Privat

»Sind die westlichen Demokratien glaubwürdig?«, fragt Emanuel Matondo, um gleich selbst mit »Nein« zu antworten. Zumindest für ihn und für viele seiner Landsleute sind sie das nicht. »Die Afrikaner sehen, dass der Westen mit dem Teufel tanzt.« Damit meint er die Diktatur, Korruption und Armut in seiner Heimat Angola und in vielen anderen afrikanischen Ländern.

Als Bewegungsarbeiter und ehrenamtlicher Mitarbeiter der von ihm 1998 mit gegründeten »Angolanischen Antimilitaristischen Menschenrechtsinitiative« (IAADH) setzt sich Emanuel gegen diese Missstände ein. Er selbst musste 1990 aus Angola fliehen, nachdem er sich geweigert hatte, Kriegsdienst zu leisten. Der damals in Angola herrschende Bürgerkrieg ist zwar seit 2002 beendet, doch große Teile der Infrastruktur sind immer noch zerstört. »Das Grausamste am Krieg jedoch«, sagt Emanuel, »ist die Zerstörung der Seele einer Gesellschaft«. Eine ganze Generation ist in Angola in einem von beiden Seiten äußerst brutal geführten Krieg

aufgewachsen. Darunter leidet der soziale Zusammenhalt und der Versöhnungsprozess kommt nur mühsam voran.

Sorge bereiten Emanuel nicht nur die Folgen des Krieges, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung unter Kontrolle einer kleinen Elite: »Ein ganzes Land institutionalisiert die Korruption und alle machen mit.« Mit »alle« meint er die westlichen Länder sowie ihre international agierenden Banken und Unternehmen. Deutschland bildet da keine Ausnahme. Die Commerzbank etwa macht gute Geschäfte mit überbeuerten Kredite gegen Öllieferung und die Bremer Lürssen-Werft verdient an Rüstungsaufträgen. Das

Bruttoinlandsprodukt Angolas ist als Folge hoher Öleinnahmen in den letzten sechs Jahren um 400 Prozent gestiegen, aber die Bevölkerung Angolas profitiert kaum davon. Immer wieder zwackt die korrupte Regierung Teile der Gewinne ab und lässt sie auf private Konten im Ausland verschwinden. Gleichzeitig leben laut der Organisation »Human Rights Watch« etwa zwei Drittel der AngolanerInnen in absoluter Armut.

Zu vielen Missständen in Afrika kann Emanuel ausführlich die Hintergründe erklären und Lösungsvorschläge nennen. Er setzt auf eine Konfliktlösung, die durch zivilgesellschaftliche Gruppen der betreffenden Staaten getragen wird. Gleichzeitig müssten die westlichen Geldgeber aufhören, die Regime zu unterstützen. Sein Wissen bringt Emanuel, der seit 2001 als Flüchtling in Deutschland anerkannt ist, bei verschiedenen Organisationen ein. Von 1999 bis 2007 war er Vorstandsmitglied vom »Dritte Welt Journalisten Netz«, von 2002 bis 2005 Ratsmitglied bei »War Resisters International«. Zudem arbeitet Emanuel eng mit dem Verein Connection zusammen, war Mitglied der internationalen Anti-Minen-Kampagne und unterstützt die internationale Kampagne gegen Korruption »Publish what you pay«.

Mit seinem ehrenamtlichen Engagement verdient der Vater von zwei Kindern jedoch kein Geld. Deswegen arbeitet Emanuel zusätzlich als Journalist auf Honorarbasis. Das Schreiben hat sich der gelernte Biochemiker über die Jahre selbst angeeignet. Seit Juni ist Emanuel Bewegungsarbeiter und setzt auf die Unterstützung von PatInnen, um weiterhin unabhängig arbeiten zu können. Sein Ziel ist es, über die Missstände in Angola und Afrika aufzuklären. »Dann können wir die Diktatur überwinden und einen zivilen Frieden mit einer demokratisch gewählten Regierung erreichen«, sagt Emanuel. *Andreas Göller*

Werden Sie PatIn!

Wenn Sie Emanuel und seine Arbeit als PatIn unterstützen möchten, rufen Sie uns an (04231/957540) oder tragen Sie sich gleich online ein, unter: www.bewegungsarbeiter.de

»Geld strategisch verwenden – die Idee hat mich fasziniert«

StifterInnen im Gespräch: Hermann Daß



Fairer Handel, Atomkraft und soziale Gerechtigkeit – das sind einige der Themen, die Hermann Daß bewegen.

Foto: Wiebke Johanning

Du bist seit 2002 Stifter der Bewegungsstiftung – was hat Dich damals überzeugt?

»Ich hatte zuerst in der »Zeit« von der Stiftung gelesen, dann ein Treffen besucht und zwei oder drei Tage später zugestiftet. Die Stiftung war genau das, was ich immer gesucht habe. Ein wesentlicher Punkt für meine Entscheidung war, dass politische Bewegungen Geld brauchen, um etwas bewegen zu können.«

Das klingt so, als wenn Du selbst Erfahrungen in dem Bereich gesammelt hättest.

»Als junger Erwachsener war ich in der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung aktiv. Und als Arzt war ich drei Jahre als Entwicklungshelfer in Burkina Faso. Seitdem habe ich mich immer wieder gefragt, wie man Geld für Ver-

änderung geschickt einsetzt. In Afrika war das Problem, dass Geld gefehlt hat. Hier ist es oft anders herum: Geld ist im Überfluss vorhanden, aber keiner kommt auf die Idee, es an der richtigen Stelle einzusetzen. Deshalb hat mich die Idee der Bewegungsstiftung, Geld strategisch zu verwenden, so fasziniert.«

Du arbeitest auch im Anlageausschuss der Stiftung mit – warum?

»Weil ich das Thema spannend finde. Die Beratung über die Ethik der Geldanlage macht Sinn. Grundsätzlich gefällt mir an der Bewegungsstiftung, dass man nicht einfach nur sein Geld abgibt, sondern dass es geschätzt wird, wenn man sich einbringt. Die Menschen in der Stiftung gehen sehr respektvoll und wertschätzend miteinander um. Das habe ich bisher in dieser Qualität bei keiner anderen Organisation erlebt.«

Gibt es politische Ereignisse, die Dich geprägt haben?

»Ja, das waren zum einen die Demos Anfang der 80er Jahre in Brokdorf, bei denen ich die vermummten Polizeieinheiten und die Wasserwerfer miterlebt habe. Ein anderes Erlebnis hatte ich in Burkina Faso. Kurz nach meiner Einreise wurde der Präsident Thomas Sankara erschossen. Er war sehr beliebt, weil er nicht zur korrupten Elite gehörte. Diese Erlebnisse haben mir gezeigt, wie hart arm und reich, Macht und Ohnmacht aufeinander treffen. Die Zeit in Afrika hat mir andererseits auch viel Hoffnung gegeben. Viele Menschen dort sind bitterarm, aber sehr offen, gastfreundlich und voller Lebensfreude. Trotz ihrer Armut leben sie im Einklang mit sich selbst und dem Rhythmus der Natur.«

Mittlerweile lebst Du mit Deiner Familie in Deutschland und arbeitest als Hausarzt in Kassel. Beschäftigt Dich das Thema Nord-Süd-Gerechtigkeit weiterhin?

»Ja, nachdem ich aus Afrika zurückgekommen bin, habe ich viele Jahre in einer Initiative für fairen Handel mitgearbeitet. Die Dinge gehören zusammen – der Mangel in Afrika und der Überfluss in Europa. Deshalb ist es wichtig, etwas an den Wirtschaftsstrukturen zu ändern, damit die Menschen im Norden und Süden gemeinsam vernünftig leben können. Darüber hinaus betreibe ich selbst ein kleines Hilfsprojekt in Burkina Faso. Aber mich interessieren auch andere Themen.«

Welche sind das?

»Zum Beispiel soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Und aktuell drücke ich natürlich der Anti-Atom-Bewegung die Daumen. Eigentlich ist es ein bisschen peinlich, dass das immer noch auf der Agenda steht. Umso wichtiger, dass die Atomkraftwerke endlich abgeschaltet werden.«

Engagement für Klimaschutz, Bleiberecht und freies Saatgut – unsere neuen Förderprojekte



Die Klimapiraten wollen 50 Stadtwerke aus Süddeutschland zum Ausstieg aus dem Bau eines Kohlekraftwerks bewegen – mit Aktionen wie hier in Tübingen.

Foto: Klimapiraten



Eine Tauschbörse der Saatgutkampagne in Halle.

Foto: Saatgut-Kampagne

Bewegungs-
stiftung
Anstöße für soziale Bewegungen

Saatgutkampagne

Freies Saatgut ist die Grundlage für die Nahrungsmittelproduktion weltweit. Dies ist jedoch akut bedroht durch Monopole internationaler Konzerne und durch die EU-Gesetzgebung, die die Verwendung bäuerlichen Saatgutes immer mehr einschränkt. Die Kampagne will mit Saatgut-Tauschbörsen, Workshops und Mitmach-Kampagnen gegen die Verschärfung der EU-Gesetze protestieren und Druck auf die Verantwortlichen machen.

Zuschuss: 15.000 Euro

www.saatgutkampagne.org

Klimapiraten

Die Klimapiraten engagieren sich gegen den Bau des Kohlekraftwerks in Brunsbüttel. Dazu wollen sie 50 Stadtwerke, die am Kraftwerk beteiligt sind, zum Ausstieg bewegen. Mit gewaltfreien und kreativen Straßenaktionen wollen die Klimapiraten die Stadtwerke davon überzeugen, dass sie mit einem Richtungswechsel hin zu Erneuerbaren Energien Vorreiter im Klimaschutz werden können.

Zuschuss: 8.000 Euro

www.klimapiraten.net

Gemeingut in Bürgerhand

Die Organisation ist aus der Attac-Kampagne »PPP Irrweg« hervorgegangen, die wir seit

2009 unterstützen. »Gemeingut in Bürgerhand« will Privatisierungen von öffentlichem Eigentum stoppen. Denn wenn Krankenhäuser, Straßen und Wasserversorgung in private Hand geraten, werden Kommunen von Eigentümern zu Mietern. Die hohen Kosten für die gemietete Infrastruktur müssen die BürgerInnen tragen. Um diesen Raubbau am gesellschaftlichen Eigentum zu stoppen, will die Organisation ein Aktionsbüro aufbauen und lokale Initiativen vernetzen. Sie erhält in den kommenden drei Jahren eine Basisförderung von 60.000 Euro.

www.ppp-irrweg.de

»Alle bleiben!«

Seitdem die Bundesregierung im April 2010 ein Rücknahmeabkommen mit der kosovarischen Regierung geschlossen hat, sind etwa 10.000 in Deutschland lebende Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo akut von Abschiebung bedroht. Viele von ihnen leben schon seit mehr als zehn Jahren in Deutschland, ihre Kinder sind hier aufgewachsen. Roma-Rückkehrer leben im Kosovo am Rande der Gesellschaft, sie haben fast keine Chance auf eine geregelte Arbeit. Die Kampagne »alle bleiben!« will mit Demos, Protesten und Lobbyarbeit ein sofortiges Ende der Abschiebungen erreichen.

Zuschuss: 5.600 Euro

www.roma-center.de

Schule ohne Bundeswehr

In den letzten zwei Jahren hat die Bundeswehr mit vielen Bundesländern Kooperati-

onsvereinbarungen getroffen, die es ihr erleichtern, Jugendoffiziere in die Schulen zu schicken und Einfluss auf Unterrichtsinhalte und Lehrerausbildung zu nehmen. Diese enge Zusammenarbeit will das Bündnis »Schule ohne Bundeswehr« stoppen. Konkret wollen die Aktiven eine Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundeswehr kippen.

Zuschuss: 7.700 Euro.

www.jungegew.de

stiftung Bürgerrechte in der
bridge digitalen Gesellschaft

Gen-ethisches Netzwerk

Die Kampagne des gen-ethischen Netzwerks richtet sich gegen die DNA-Sammelwut des Staates. Mittlerweile sind etwa 700.000 DNA-Profile in den Datenbanken des BKA gespeichert, jeden Monat kommen 8.000 neue hinzu. Um schwere Verbrechen geht es dabei selten. Die meisten beziehen sich auf Kleinkriminalität, wie zum Beispiel Diebstahl. Das Netzwerk will diese massive Überwachungsform mit Aktionen, Filmspots und Postkartenkampagnen zu einem öffentlichen Thema machen und die Bundesjustizministerin dazu bewegen, die DNA-Sammelwut einzuschränken.

Zuschuss: 9.800 Euro

www.gen-ethisches-netzwerk.de

Erfolgs- spot

Förderprojekte

Anti-Atom-Bewegung:
.ausgestrahlt
mobilisiert mit



Anti-Atom-Sonnen soweit das Auge reicht: Fast 100.000 Menschen kamen im September zur großen Demonstration nach Berlin, um für einen Ausstieg aus der Atomenergie zu demonstrieren.

Foto: Andreas Conradt/Publixviewing

Seit Sommer 2008 mobilisiert unser Förderprojekt .ausgestrahlt im Bündnis mit anderen Organisationen erfolgreich den massenhaften Widerstand gegen Atomkraft. Das Ziel der Atomkraftgegner: den gesellschaftlichen Druck so erhöhen, dass diejenigen in Politik und Industrie, die weiter auf Atomenergie bauen, sich nicht durchsetzen können. Dem kleinen engagierten Team von .ausgestrahlt und seinen Bündnispartnern gelingt es mit vielen kreativen Aktionen tausende Menschen gegen Atomkraft auf die Straße zu bringen.

Aus ganz Deutschland reisten beispielsweise am 18. September die DemonstrantInnen mit Sonderzügen und Bussen nach Berlin. Unter dem Motto: »Atomkraft: Schluss jetzt!« zog ein Protestzug vom Hauptbahnhof los, um das Regierungsviertel einschließlich Kanzleramt zu umzingeln. Damit formierte sich der Protest genau an dem Ort, an dem sich die Regierung zwei Wochen zuvor auf eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke verständigt hatte. Rund 100.000 Menschen folgten dem Aufruf eines breiten Bündnisses von Umweltverbänden, Gewerkschaften, Par-

teien und Bürgerinitiativen. Ein großer Erfolg für .ausgestrahlt und seine Bündnispartner.

Dabei war die Demonstration in Berlin nur der Auftakt einer Reihe von weiteren Aktionen im Herbst. Anfang Oktober umzingelten 7.000 Menschen den Stuttgarter Landtag und 50.000 bildeten eine Menschenkette quer durch München. Zuvor hatten im April über 120.000 Menschen mit einer 120 Kilometer langen Menschenkette in Norddeutschland ein spektakuläres Zeichen gegen Atomkraft gesetzt.

Viele kleinere kreative Aktionen stehen neben diesen großen Protesten. Im Frühjahr 2010 zum Beispiel sammelte .ausgestrahlt Anti-Atom-Transparente und nähte sie zu einem zwei Kilometer langen Riesentransparent zusammen, das dann im März an jedem Wochenende einen anderen anderen Atomreaktor »schmückte«.

Den vorläufigen Höhepunkt der Proteste bilden die Demonstrationen Anfang November, wenn wieder ein Castor-Transport nach Gorleben rollt. Zu Redaktionsschluss war der Transport noch nicht gestartet. Allerdings rechnen die OrganisatorInnen mit weitaus mehr TeilnehmerInnen als in den Jahren zuvor. .ausgestrahlt hat auch hierfür wieder mobilisiert.

Andreas Göller

Unsere Förderung

Die Bewegungsstiftung fördert .ausgestrahlt seit 2009 mit 13.000 Euro.

www.ausgestrahlt.de



Neue Mitarbeiterin: **Kirsten Paul**

Seit Mitte September verstärkt Kirsten Paul das Team der Bewegungsstiftung im Bereich Vermögensverwaltung. Sie ist zuständig für die Anlage unseres Kapitals nach strengen ethisch-nachhaltigen Kriterien. Darüber hinaus verwaltet sie das Vermögen der Stiftung :do, mit der wir seit September in diesem Bereich kooperieren. Die Stiftung :do fördert Projekte, die die Rechte von MigrantInnen stärken.

Kirsten Paul ist Bankfachwirtin und Financial Planner. Bei der Dresdner Bank war sie als Kundenberaterin zehn Jahre lang Ansprechpartnerin für Vermögensanlagen und Kredite. Seit 2003 ist sie zudem freiberuflich als Honorarfinanzberaterin tätig. **Wir heißen sie herzlich willkommen!**